

Basler Förderverein für medizinische Zusammenarbeit. Forum vom 9.3.2012.

Entwicklung heisst Befreiung

Von Ueli Mäder (ergänzende Notizen zum Vortrag)

Modernisierungstheorien orientieren sich stark am wirtschaftlichen Wachstum. Sie vernachlässigen einseitige Abhängigkeiten. Dependenztheoretische Ansätze zielen darauf ab, diese zu mindern. Sie beziehen sich vor allem auf Entwicklungsregionen, die uns hier besonders beschäftigen. Ich gehe in meinen Ausführungen zunächst auf den globalen Kontext und dann darauf ein, was sich bei uns tut.

1. Globaler Kontext

(1) Weniger als zwanzig Prozent der Erdbevölkerung verfügen über mehr als achtzig Prozent des Welt-Brutto-Sozialprodukts. Sie verbrauchen in den reichsten Regionen über achtzig Prozent der Ressourcen. Und obwohl genügend Nahrungsmittel vorhanden sind, leiden 800 Millionen Menschen an Unterernährung. Verarmte Zonen befinden sich mitten im Reichtum. Und seit Mitte des 20. Jahrhunderts starben mehr Menschen durch soziale Not als durch Krieg. Wobei viele Kriege durch soziale Not entstehen. Soziale Ungleichheiten sind dabei zentral. Sei es beim Kampf um Nahrung, Wasser oder Öl. Ob Knappheit oder Überfluss, die unterschiedliche Ausstattung mit Ressourcen verursacht Spannungen. Sie prägt die aktuelle Konfliktdynamik und treibt Menschen zur Flucht. Manchmal aus politischen, manchmal aus kulturellen Gründen. Kriege sind ein soziales Phänomen. Sie leben auch von einer Omnipotenz, die heroisiert, was Menschen verletzt.

(2) Armut führt zu Krieg. Und Krieg führt zu Armut. Dies mehr oder weniger kausal. Bürgerkriege wirken sich direkt und zerstörerisch auf Entwicklungsprozesse aus. Das zeigt sich gerade in Ländern mit einem niedrigen Human Development Index. Wobei auch ressourcenreiche Gebiete besonders kriegsgefährdet sind. Die einseitige Abhängigkeit von Rohstoffen ist ein wichtiger Risikofaktor. Kriege werden zwar oft ideologisch begründet, sie haben aber viel mit politischer Ökonomie zu tun. Dabei geht es um Diamanten, Edelmetalle, Edelhölzer und Erdöl. Das veranschaulichen aktuelle Ereignisse in Sierra Leone, Nigeria, Angola, Liberia und im Kongo. Es gibt allerdings auch andere Beispiele. So verfügt Botswana, mit Angola vergleichbar, über viele Diamantenvorkommen, ohne gravierende Konflikte zu haben. Armut ist also kein hinreichender Grund für Kriege. Malawi hat weltweit eines der tiefsten Pro-Kopf-Einkommen, ist aber ein relativ friedliches Land. Armut führt nicht einfach zu Krieg. Wenn allerdings ganze Regionen oder Bevölkerungsgruppen sozial absteigen, häufen sich gewalttätige Auseinandersetzungen. Vor allem dann, wenn Staaten politisch relativ schwach legitimiert und institutionalisiert sind. Wachsender Wohlstand scheint (laut UNDP) hingegen die Gefahr gewaltsamer Konflikte zu bannen. Wobei das auch von der Akzeptanz demokratischer Prozedere abhängt. Kausale Befunde erklären jedenfalls wenig. Normative Sichtweisen entscheiden mit, wie sich konkrete Erfahrungen deuten lassen. Aus meiner Sicht erhöht Armut die soziale Brisanz und die Gefahr gewalttätiger Auseinandersetzungen. Sie hindert Menschen daran, sich für eigene und übergreifende Interessen einzusetzen. Sollte diese Annahme nicht zutreffen, wäre das allerdings kein Grund, sich nicht trotzdem dafür einzusetzen, Armut und soziale Folgen globaler Ungleichheiten zu bewältigen.

(3) Weltweite Verflechtungen kennzeichnen die Globalisierung: wirtschaftlich, gesellschaftlich, politisch, kulturell. Sie eröffnen ein sozialräumliches Gesellschaftsbild, das weder territorial, noch national gebunden ist. Zivilgesellschaftliche Ansätze postulieren eine sozial verträgliche Globalität, die Ausgrenzung und Isolation verhindert. Die Globalisierung ist ein altes Phänomen. Rund drei Viertel der Erdoberfläche wurden während den letzten fünfhundert Jahren europäisch kolonisiert. Neu sind der rasante Anstieg des Welthandels und der Finanzströme. Die Bedeutung der Wirtschaft nimmt zu, der Einfluss des politischen und gesellschaftlichen Korrektivs ab. Das gilt zumindest für den Zeitraum von 1989 bis 2009. Wenn sich soziale Verbindlichkeiten aufweichen, besteht jedenfalls die Gefahr, dass Verunsicherungen autoritäre Kräfte stärken. Der Welthandel und die Finanzströme sind zentrumsorientiert. Sie klammern weite Teile der Bevölkerung aus. Während die Preise für industriell gefertigte Güter tendenziell steigen, sinken - im Vergleich - jene für Rohstoffe und Primärgüter. Weil sich die Austauschbedingungen verschlechtern, erzielen viele südliche Länder mit mehr Exporten weniger Erlös. Die verschärfte Standortkonkurrenz zwischen den reichen Zentren erhöht den Druck, die Produktion zu rationalisieren. Maschinen ersetzen menschliche Arbeit. Sie schenken uns mehr Zeit und Geld, zumal die Produktivität steigt. Aber wenn es mit der Verteilung hapert, verbreiten sich Arbeitslosigkeit und knappe Einkommen.

(4) Theorien der Modernisierung plädieren für geballte Investitionen in Wachstumszentren. Sie nehmen an, dass der implantierte Wohlstand dann allmählich ins „Hinterland“ sickert. Doch der erhoffte Effekt lässt auf sich warten. Drei Milliarden Menschen leben immer noch mit weniger als zwei Dollar pro Tag. Und die wirtschaftliche Macht konzentriert sich. 500 Unternehmen kontrollieren zwei Drittel des weltweiten Handels. Ihr Umsatz übersteigt die Hälfte des weltweiten Sozialprodukts. (BaZ, 12.3.2012) Und nach der ETH-Studie ‚The Network of Global Corporate Control‘ (Vitali 2011) kontrollieren 147 Konzerne 40 Prozent des Kapitals aller multinationalen Konzerne. Wenn das so weiter geht, wird es gefährlich. Die Zentralisierung der Wirtschaft berührt politische Grundlagen wie das Territorialprinzip (feste Grenzen), das Souveränitätsprinzip (staatliches Gewaltmonopol) und das Legalitätsprinzip (verbindliches Vertragswesen). Die Aufweichung bestandener Prinzipien erhöht die Verunsicherung und den Ruf nach einer starken Hand, die für Ordnung sorgen soll. Rasche Veränderungen und komplexe gesellschaftliche Strukturen verlocken dazu, Halt in Vereinfachungen zu suchen. Mit dem Globalismus formieren sich so neue fundamentalistische Strömungen, aber auch zivilgesellschaftliche Bewegungen, die sich vernetzen und den sozialen Zusammenhalt fördern. Wenn der Welthandel und die Finanzströme vornehmlich zentrumsorientiert funktionieren, relativieren sie die Globalisierung. Dies auch deshalb, weil so weite Bevölkerungsteile ausgeklammert bleiben. Der ungleiche Austausch beschert vielen Entwicklungsregionen erhebliche Verluste. Er erhöht die soziale Ungleichheit. Die oligarchische Konzentration der Wirtschaft refeudalisiert quasi die Besitzverhältnisse. Und der einseitig wirtschaftlich geprägte Globalismus verschärft soziale Konflikte. Dies im Unterschied zu einer Globalität, die auch politisch, sozial und kulturell geprägt ist. Der Globalismus schwächt politische Verbindlichkeiten und stärkt autoritäre Strömungen. Die forcierte Integration in den Weltmarkt grenzt benachteiligte Regionen aus.

(5) Das modernisierungstheoretische Credo plädiert für eine liberale Öffnung der Märkte und eine Integration der Entwicklungsregionen in den kapitalistischen Weltmarkt. Wenn Ungleiches aber gleich behandelt wird, bleibt es ungleich. Die Terms of Trade polarisieren so Arm und Reich. Daher tendieren einzelne Länder des Südens dazu, den Weltmarkt selektiv zu nutzen. Gemeinsam wollen sie die Konditionen des wirtschaftlichen Austauschs mehr mitbestimmen. Den Öl produzierenden Ländern gelang das zu Beginn der 1970er-Jahre. Damals entstand auch die Konzeption einer Neuen Weltwirtschaftsordnung, die nicht mit der neuen, westlich dominierten Weltordnung zu verwechseln ist. Weitere Versuche alternativer

Monopolbildung scheiterten aber. So das mittelamerikanische Bananenkartell. Es kam gegen die multinationalen Konzerne nicht an. Wie beim Kaffee und Kakao. Auch hier dominieren private Monopole den weltweiten Umsatz. Mehrere Entwicklungsregionen reagierten mit protektionistischen Massnahmen auf die einseitige Abhängigkeit. Sie versuchten, ihre Produktion zu diversifizieren und konzentrierten sich darauf, die eigenen Produktivkräfte zu entwickeln. Dies im Sinne einer dissoziativen Self-Reliance. Und mit der Absicht, den Weltmarkt später einmal so zu nutzen, dass er – komplementär – zum Vorteil aller Beteiligten gereicht. Die Strategie der Self-Reliance strebt keine nationalistische Autarkie an. Sie führte seit den 1970er-Jahren da und dort dazu, die Grundbedürfnisse besser zu befriedigen. Das erwies sich als viel versprechend. Das eigentlich erfreuliche Aufbrechen der Berliner Mauer und des West-Ost-Gegensatzes forcierte jedoch den Globalismus. Investitionen flossen nun zunehmend in jene Regionen, die eine maximale Kapitalverwertung gewährten. Andere Regionen wurden so unfreiwillig abgekoppelt. Das macht eine eigenständige Entwicklung doppelt schwierig. Aus meiner Sicht gibt es aber keine Alternative dazu. Auch, weil gängige Modernisierungskonzepte das Konfliktpotenzial vernachlässigen, das sich aus sozialer Ungleichheit ergibt. Anders verhält es sich bei der selektiven Dissoziation. Sie verbessert die Disposition zum sozialen Ausgleich. Sie mindert einseitige Abhängigkeiten und damit auch die Gefahr gewalttätiger Konflikte.

(6) Konzepte einer sozialen Globalität plädieren im Gegensatz zum wirtschaftlichen Globalismus für eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung. Sie schlagen vor, die Preise für Rohstoffe an jene für industriell gefertigte Güter anzupassen. Nach Berechnungen der Vereinten Nationen (UN) genügte den südlichen Kontinenten die Hälfte des Mehrerlöses, um ihre existenziellen Bedürfnisse zu befriedigen. Stabile Abnahmequoten und Preise könnten helfen, die Produktion aufzufächern und die Abhängigkeit von einzelnen Exportgütern zu mindern. Diese Vorschläge gehen davon aus, dass die Zentralisierung der Wirtschaft ein politisches Korrektiv braucht. Typologien einer Transnationalen Demokratie unterscheiden Ansätze einer zentral-demokratischen Weltordnung mit universalen Beschlüssen von einem liberal-demokratischen Pluralismus, der an bestehende staatliche Vereinbarungen anknüpfen will. Progressiv kommunitäre Ansätze zielen darauf ab, zivilgesellschaftliche Einrichtungen zu stärken. Sie streben keine Weltregierung an, sondern eine bessere Kooperation staatlicher und zivilgesellschaftlicher Institutionen. Dieser Schulterschluss soll den sozialen Zusammenhalt global festigen und ein autoritäres 21. Jahrhundert verhindern.

(7) Der einseitig wirtschaftlich orientierte Globalismus stärkt borniert nationalistische und provinzialistische Kräfte. Anders die Globalität. Sie intendiert, wie einst mit ‚Hoch die internationale Solidarität!‘ skandiert, den sozialen, kulturellen und politischen Ausgleich, der auch übergreifend regionale Zusammenschlüsse unterstützt. Verbindliche Vereinbarungen im Sinne einer Anpassung der Preise für Primärgüter und Rohstoffe an jene für industriell gefertigte Güter könnten wesentlich dazu beitragen. Von solchen Massnahmen profitieren allerdings auch die Eliten in südlichen Ländern. Daher ist es wichtig, sich sowohl für gerechtere Preise als auch dafür zu engagieren, die politischen Strukturen weiter zu demokratisieren. Ansätze der Dependenztheorie zielen darauf ab, einseitige Abhängigkeiten zu mindern. Entsprechende internationale Vereinbarungen müssen - nebst der materiellen und sozialen Existenzsicherung - auch die Menschenrechte einbeziehen. Teile der neuen Friedensbewegung bekritteln allerdings solche normative Postulate.

(1) In den nächsten Jahren dürfte sich in der Schweiz die soziale Brisanz verschärfen. Über hundert Jahre betrachtet, weisen zwar etliche Indikatoren auf erhebliche Verbesserungen hin. Breite Bevölkerungskreise konnten materiell profitieren. Bis zu den rezessiven Einbrüchen der 1970er-Jahre prägte der politische Liberalismus die sozialen Debatten. Kapital und Arbeit galten immerhin als gleichwertig. Das änderte sich vor allem mit der rigorosen Marktöffnung ab 1989. Seither setzt sich ideologisch ein angelsächsischer Neoliberalismus durch. Er will vornehmlich das Kapital vermehren. Das polarisiert die Gesellschaft und monetarisiert wichtige Lebensbereiche.

(2) Wir leben in einer Gesellschaft, die reicher ist als alle früheren Formationen. Der Reichtum wird aber einseitig absorbiert und privatisiert. Seit 2005 sinkt auch die Sozialquote. In absoluten steigen zwar die Sozialausgaben. Aber die Anteile am ebenfalls wachsenden Bruttoinlandprodukt gehen zurück. Das ist vielen unbekannt. Auch, weil aktuelle Diskurse einen andern Anschein erwecken. Sie plädieren dafür, permanent die Effizienz zu optimieren. Die Angst besetzte Flucht nach vorn führt dazu, Probleme immer wieder mit jenen Mitteln lösen zu wollen, die diese Probleme verursachen. Aber das geht nicht und provoziert, nebst viel Rückzug, neuen Widerstand.

(3) Heute verwandeln sich resignative Haltungen und depressive Verstimmungen zunehmend in Empörung verwandeln. Die Transparenz über abgehobene Managerlöhne trägt dazu bei. Wenn Eltern erleben, wie ihre Kinder keine Lehrstelle finden, während andere sehr hohe Saläre erzielen, empfinden sie Wut. Diese Wut kann die Bereitschaft fördern, sich mehr für eigene Interessen einzusetzen. Sie erhöht aber auch die Gefahr, Halt bei autoritären und populistischen Kräften zu suchen, die eine strenge Ordnung anstreben.

(4) Mit der starken Deregulierung der Märkte konzentrierte die Wirtschaft in den letzten zwanzig Jahren ihren Einfluss. Die Politik, die eigentlich ein kritisches Korrektiv sein sollte, liess sich stark vereinnahmen und verlor an Gewicht. Sie versucht aber seit der Finanz- und Wirtschaftskrise wieder etwas eigenständiger zu agieren und sich als Regulativ zu formieren. Und das ist nötig. Denn heute geht es vor allem darum, den sozialen Ausgleich strukturell zu festigen. Konkrete Vorschläge zielen darauf ab, die soziale Sicherheit (zum Beispiel über Ergänzungsleistungen für alle Haushalte mit Kindern) auszuweiten und die unteren Löhne anzuheben. Die reiche Schweiz kann sich das erlauben. Aber dazu sind politischer Wille und intensive Auseinandersetzungen gefragt. Wir scheitern nicht an den Niederlagen, die wir erleiden, sondern an den Auseinandersetzungen, die wir nicht wagen. Daran erinnert ein Graffiti an einer Berner Mauer.

(5) Ein wichtiges Ziel ist eine Gesellschaft, in der es möglichst allen Menschen gut geht. Ein Schritt besteht darin, einseitige Abhängigkeiten zu mindern. Das fördert den sozialen Zusammenhalt. Fragen wir auch immer wieder, was wirklich wichtig ist im Leben? Geht es primär darum, dass alles immer schneller dreht? Und wir permanent die Effizienz optimieren? Kreative Visionen reichen weit über das „liebe Geld“ hinaus. Sie integrieren die Sinnfrage und weiten über soziale Sicherheiten auch individuelle Freiheiten aus. Sie fördern die Selbstreflexion und die Sensibilität für Machtdynamiken. Sie verstehen Authentizität als eine Identität, die Ambivalenzen zulässt, ohne in eine Beliebigkeit abzudriften. Offenheit besteht nicht darin, alles offen zu lassen. Nutzen wir das Privileg, eigene Grenzen zu definieren. So kann eine neue Verbindlichkeit entstehen. Sie stärkt soziale Bande aus freien Stücken, nicht aus Angst, Not oder weil sie verordnet werden. Somit gilt auch für unsere Breitengrade:

Entwicklung bedeutet mehr als Wachstum. Entwicklung heisst Befreiung.